

Ende der Spekulationen mit Grundstücken

Um die Spekulation mit Grundstücken zu bekämpfen, wollen wir als SPD die „Bodenwertzuwachssteuer“. Hinter diesem Wortumsetzung steckt eine einfache Idee: Wenn aus einem Grundstück Bauland wird und sich dadurch der Wert des Grundstücks außergewöhnlich stark erhöht, dann fällt darauf einmalig beim Verkauf eine Steuer an.

Wer seine Immobilie nutzt – darin wohnt oder sie vermietet – muss dadurch keine zusätzliche Besteuerung befürchten. Mit den Einnahmen könnte der finanzielle Spielraum der Kommunen für sozialen und bezahlbaren Wohnraum erweitert werden.

Schließlich gilt: Bezahlbarer Wohnraum ist zentral für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Für mehr bezahlbare Wohnungen

Wir wollen die preistreibende Spekulation mit Grund und Boden bekämpfen, damit Wohnungen entstehen, deren Mieten alle zahlen können.

Mit kaum etwas anderem lässt sich so leicht Geld verdienen wie mit Grundstücken und den Gebäuden darauf. Besonders seit der Finanzkrise wird mit Boden und Immobilien spekuliert. In Stuttgart etwa kommen bereits 50 Prozent der Immobilieninvestitionen aus dem Ausland.

Wir wollen, dass Wohnen billiger wird – für Mieterinnen und Mieter genauso wie für Wohnungs- und Hauseigentümer. Das schaffen wir, in dem wir außergewöhnliche Wertsteigerungen bei Grundstücken besteuern.

„Für uns steht eindeutig im Vordergrund, Wohnen bezahlbar zu halten und - wo nötig - wieder zu machen“, sagt SPD-Chef Norbert Walter-Borjans. **Es gehe ausdrücklich nicht darum**, Menschen in ihren eigenen vier Wänden mit einer neuen Steuer zusätzlich zu belasten. „Aber wir erleben enorme Spekulationen mit Grundstücken. Wenige Grundbesitzer sind Nutznießer der Tatsache, dass Boden durch die Umwidmung zu Bauland exorbitant an Wert gewinnt. An diesem Wertzuwachs müssen die Kommunen beteiligt werden, um ihrerseits für günstigen Wohnungsbau sorgen zu können“, so Walter-Borjans.